

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 3

Artikel: Nahost: Protest, Moral und Macht
Autor: Hurni, Ferdinand
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163636>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nahost – Protest, Moral und Macht

Die zweite Energiekrise hat offenbar die westlichen Industrieländer fast ebenso unvorbereitet getroffen wie die erste, das heisst die des Herbstes und Winters 1973/74. Erst seit kurzem scheinen sich breitere Kreise der Bevölkerung darauf zu besinnen, dass eigentlich jeder Einzelne gewisse Möglichkeiten hat oder hätte, etwas zur Bewältigung der Krise beizutragen. Behörden rufen zum Sparen von Öl auf und geben diesbezügliche Ratsschläge. In den Zeitungen werden Artikel über effizientere Nutzung des Brennstoffes, über die Verbesserung von Heizanlagen, über Isolation von Wohnräumen sowie über erdölunabhängige Heizsysteme publiziert. Die Banken bieten Zinsreduktionen für entsprechende Investitionen an. Eine eigentliche Ölsparkampagne ist also eingeleitet worden, nachdem im vergangenen Sommer verschiedene internationale Wirtschaftskonferenzen sich mit diesem Thema befasst und zu einer Hauptmassnahme für die Überwindung der Krise das Sparen empfohlen hatten.

Der Erdölboykott von 1973

Vor etwas mehr als sechs Jahren gab es zwar, weil sich einen Moment lang ein wirklicher Mangel an Treibstoff abzeichnete, ein Autofahrverbot an ein paar Sonntagen und eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Aber dann nahm der Erdölverbrauch bald wieder im normalen Ausmass zu. Ohne Zweifel stünden wir heute besser da, und die zweite Energiekrise wäre wohl weniger gravierend, wenn bereits anlässlich der ersten auf breiter Basis eine Bewegung des Umstellens in Gang gekommen wäre. Die Herausforderung war damals nicht weniger deutlich. Über unsere Abhängigkeit von Erdöllieferungen namentlich aus dem politisch unstabilen Nahen Osten wurde im Herbst 1973 kaum weniger geredet und geschrieben als heute. Gerade damals trat zugleich auch das Thema «Beschränktheit und Erschöpfbarkeit der Erdölvorkommen» in den Vordergrund des Bewusst-

seins – und zwar so sehr, dass das Thema «Grenzen der Umweltbelastung durch Erdölabgase» weitgehend in den Hintergrund geraten ist. Warum hat man nicht schon damals begonnen, Konsequenzen zu ziehen? Wohl vor allem daher, weil jene erste Krise gar nicht so schlimm wurde, wie es anfangs den Anschein machte. Die Front der arabischen Ölproduzentenstaaten, die einen Lieferstopp beschlossen hatten, war von vornherein brüchig und hielt nicht lange. Die Preise gingen bald wieder etwas zurück. Es gab zwar, teilweise im Zusammenhang mit den Vorgängen auf dem Erdölmarkt, eine gewisse Wirtschaftsrezession; aber für den grössten Teil der Bevölkerung in den westeuropäischen Staaten lief die Sache damals nicht allzu schmerzlich ab. Diesmal aber hat es wirklich weh zu tun begonnen.

Politik und öffentliche Meinung

Dass es damals nicht zu einer von breiten Schichten der Bevölkerung getragenen wirksamen Anstrengung kam, kann aber auch noch andere Gründe gehabt haben. Im Herbst 1973 stand in den Reaktionen der westlichen Industrienationen nicht so sehr die wirtschaftliche, sondern eine bestimmte, rein politische Seite der Angelegenheit im Vordergrund. Dies ergab sich daraus, dass die Erdöl-Boykottbeschlüsse arabischer Regierungen in engstem Zusammenhang mit deren Auseinandersetzung mit Israel und mit dem Ramadan- bzw. Yom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973 erfolgten. Es war ein Versuch, den Westen zu einer Minderung seiner Unterstützung Israels und zu einer vermehrten Berücksichtigung der arabischen Forderungen zu veranlassen. Einige Nato-Staaten hatten schon vorher in Washington zu verstehen gegeben, dass sie nicht gewillt seien, für die Einrichtung der amerikanischen Waffennachschub-Luftbrücke nach Israel durch Gewährung von «Facilities» Hand zu bieten; sie betonten ihre strikte Neutralität gegenüber dem nahöstlichen Krieg. Auf die arabische Boykottankündigung hin reagierten dann europäische Regierungen in einer Art, die je nachdem als «flexibel», als «weich» oder gar als eindeutiges «Nachgeben» aufgefasst werden konnte. Diese Reaktion ist in einer Erklärung der Aussenminister der Europäischen Gemeinschaft vom 6. November 1973 niedergelegt. Angesichts der Haltung europäischer Regierungen trat damals eine ziemlich bedenkliche Krise zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Allianzpartnern diesseits des Atlantiks ein. Die EG-Erklärung löste aber auch in Europa scharfe Kritik aus: Es kam in manchen Ländern des alten Kontinents, auch in der Schweiz, eine Stimmung protesträchtiger Entrüstung auf.

Wenn man von «Protest» als einer Art Grundeinstellung redet, denkt man zunächst an die vorwiegend linksextremistisch inspirierte, von Gesellschafts-Änderungs-Ideen getragenen Manifestationen, Aktionen und Bewegungen, die eine Zeitlang grosse Mode waren und immer noch nicht aus der Mode geraten sind; oder man denkt – vor allem im Zusammenhang mit der Energiekrise – auch an die Bewegung der Atomkraftwerk-Gegner, in der ja linksextreme Elemente eine nicht unbeträchtliche Rolle spielen bzw. welche die extreme Linke zu einem Vehikel für Bestrebungen zu machen sucht, die mit den wirklichen oder angeblichen Gefahren der Kernenergie gar nichts zu tun haben. Die extremen Linken in Westeuropa sind seit langem sozusagen durchgehend ausgesprochen propalästinensisch eingestellt und machen sich oft auch die extremsten arabischen Forderungen gegenüber Israel zu eigen. Wenn sie bezüglich der Vorgänge um Palästina protestieren, dann tun sie das sozusagen immer gegen Israel. Das ergibt sich aus der Komponente ihrer Ideologie, die sich auf den «westlichen Imperialismus» bezieht; nach Ansicht dieser Linken ist Israel ein Vorposten des «Imperialismus» und «Neokolonialismus». Auf diese linke Seite der Proteststimmung (oder auf die bekannten Verflechtungen des internationalen linksextremistischen Terrorismus mit dem palästinensischen) soll aber hier nicht in erster Linie eingegangen werden, sondern eher auf eine andere.

Wenn man sich um ein Stück weiter in die Vergangenheit zurückerinnert, kann man ganz eindeutig feststellen, dass die öffentliche Meinung im Westen (abgesehen eben von linksextremistischen und anderen Randgruppen) während sehr langer Zeit ganz eindeutig, ja einseitig proisraelisch war. Dies und auch die Haltung westlicher Regierungen – auch der amerikanischen – hat sich seit einiger Zeit etwas geändert. Diese Änderung dürfte zu einem guten Teil dadurch bedingt sein, dass eine Generation herangewachsen ist, die die Greuel des Nationalsozialismus nicht mehr miterlebt hat. Aber nicht nur dadurch. Man kann vielleicht sagen, diese Entwicklung habe in einer bestimmten Periode oder in einem bestimmten Moment eine Beschleunigung erfahren. Aber sofern dafür überhaupt ein Stichtdatum angegeben werden kann, wäre dieses wohl nicht im Herbst 1973 anzusetzen, sondern viel eher 1967. Man könnte vielleicht sogar sagen, die Entwicklung zu einer leicht zugunsten der Araber veränderten Sicht des Israelkonflikts sei 1973 – was die öffentliche Meinung angeht – wenigstens einen Moment lang stehen geblieben, wenn nicht rückläufig geworden. Das heisst, dass die nicht nur von israelischer und proisraelischer, sondern auch von arabischer Seite oft vorgebrachte These, nur um des schnöden Erdöls willen habe man im Westen begonnen, die Araber zu berücksichtigen, kaum haltbar ist. Im Zusammenhang mit dem Juni-Krieg von 1967

gab es zwar auch Versorgungsschwierigkeiten: wegen der Blockierung des Suezkanals. Im übrigen aber stand damals die Erdölfrage noch keineswegs im Vordergrund des Bewusstseins.

Überhaupt nichts zu tun mit dieser Erdölfrage hat die proarabische Einstellung der extremen Linken. Die reinen Ideologen sind geneigt, über so banale Dinge wie unsere Versorgung mit Rohstoffen hinwegzusehen; sie wünschen die westliche «kapitalistische Wirtschaft» ja ohnehin zum Teufel; und in ihren Augen sind die «Ölscheiche» ebenso «Lakaien des Imperialismus» wie Israel. Allerdings kann nicht übersehen werden, dass sich via Linke oder im Zuge der Welle «ausserparlamentarischer Opposition» in gewissen Medien unter anderem auch mehr oder weniger proarabische oder propalästinensische Tendenzen zum Wort melden konnten. Aber dies war bzw. ist eigentlich nur eine Nebenerscheinung im Zuge einer Bewegung, die in einzelnen Ländern wie international prinzipiell auf Systemänderung ausgeht und in diesem Zuge für alle möglichen Befreiungsbewegungen eintritt. Es mag sein, dass von seiten dieser Bewegung die Sichtweite auch mancher Leute beeinflusst worden ist, die gar nicht ganz links stehen oder überhaupt keinerlei genuine Neigungen nach links haben. Das war aber doch wohl kaum entscheidend für den Wandel der Einstellung zum Palästina-Konflikt in Kreisen, die durchaus «Ja sagen zu unserem Staat». Wenn also das Erdöl und die Ereignisse von 1973 dabei keine ganz bedeutende Rolle gespielt haben: Was dann sonst?

Die Wurzeln des Palästina-Konfliktes

Der Sechstagekrieg vom Juni 1967 zog die Aufmerksamkeit aller Welt in einem ganz ausserordentlichen Masse auf den Nahen Osten. Dieser war für längere Zeit Thema Nummer 1 in Fernsehen, Radio und Presse. Eine Unmenge von Literatur, nicht nur über die Aktualität als solche, sondern auch über die Hintergründe des Konflikts und seine Vorgeschichte, begann zu erscheinen. Da auch die Presse vermehrt Hintergrunddarstellungen publizierte, begannen breitere Kreise sich für die arabische oder islamische Welt zu interessieren. Da man zugleich etwas weiter in die Vergangenheit jener Region zurückblickte, nämlich hinter die Jahre 1947/48 (den Zeitpunkt der formellen Gründung Israels) zurück, ergab sich auch eine etwas eingehendere Beschäftigung mit den Gründen und Motiven, in denen die negative Einstellung der Araber zu dem jüdischen Staat in Palästina fundiert ist – und das heisst: auch ein gewisses Verständnis für diese Einstellung und eine ausgeglichene Haltung gegenüber den beiden Konfliktparteien, beruhend auf Kenntnisnahme von der Wirklichkeit, in

der die Wurzeln des Konflikts liegen und die Moshe Dayan einmal auf folgende prägnante Formel gebracht hat: «Wir sind in ein bewohntes Land gekommen und bauten hier einen jüdischen Staat.» Dass der Übergang zu ausgeglicheneren Beurteilungen 1967, nach dem dritten Nahostkrieg, eine gewisse Beschleunigung erfuhr und nicht etwa schon nach dem zweiten Krieg, 1956, dürfte zu einem guten Teil damit zu erklären sein, dass in den fünfziger und früheren sechziger Jahren nicht nur die arabische Aggressivität gegen Israel Anlass zu Unmut gab, sondern beispielsweise auch Nationalisierungsaktionen gegen westliches Eigentum in sogenannten progressistischen arabischen Staaten. Bis 1962 war Frankreich in den Algerienkrieg verwickelt. Der Nahostkrieg von 1956 war zur Hälfte ein Versuch Englands und Frankreichs, europäische Interessen und Positionen in Ägypten mit Gewalt zu wahren. 1967 aber war der Unmut, der sich aus gewissen Folgeerscheinungen der Entkolonialisierung ergeben hatte, etwas verraut.

Israel ist seit etwa zehn Jahren – namentlich in bezug auf seine Politik in der Frage der besetzten Gebiete – westlicher Kritik oft in einer Weise ausgesetzt, wie das früher nie der Fall war. Dies hatte begreiflicherweise in Israel und in jüdischen Kreisen Enttäuschung zur Folge und wird schmerzlich empfunden. Doch ist die Wandlung in der westlichen öffentlichen Meinung nie bis zu einer eindeutigen, einseitigen Hinwendung der Mehrheit zu den Arabern gediehen. Dies zeigte sich gerade im Herbst 1973. Wenn die Stimmung damals eine solche der protestträchtigen Entrüstung war, so richtete sich diese jedenfalls nicht gegen Israel. Die Haltung west-europäischer Medien und Zeitungen und überhaupt die allgemeine Einstellung war allerdings jenem Waffengang als solchem gegenüber, der am 6. Oktober 1973 mit dem Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens begonnen hatte, um einiges distanzierter und ausgewogener als anlässlich des Krieges von 1967 – eben wohl weitgehend deshalb, weil man inzwischen einiges Verständnis vor allem auch für das arabische Begehr nach Rückgabe der besetzten Gebiete gefunden hatte. Die Stimmung änderte sich – unter anderem im Sinne wieder mehr oder weniger einseitiger Zuneigung zu den Israeli – im Zusammenhang mit den arabischen Erdölboykott-Beschlüssen, und zwar nicht nur daher, weil man sich unter Druck gesetzt sah, was natürlicherweise nicht dazu angetan war, Sympathien für die Urheber des Druckes zu erwecken. Indignation und Protest in weiten Kreisen rief vor allem auch die Haltung westeuropäischer Regierungen gegenüber diesem Druckversuch hervor, die, wie bereits erwähnt, als Nachgeben erscheinen konnte und als ein Abgehen von der moralischen Verpflichtung Europas für Israel. Die öffentliche Meinung schien unbeugsamer zu sein als die Regierungen.

Verpasste Gelegenheit

Aber die Angelegenheit hat noch andere Aspekte. Entrüstung kann mit recht unterschiedlichen Gefühlen verbunden sein: mit schmerzlichen und besonders dann unangenehmen, wenn man nicht in der Lage ist, etwas gegen das zu tun, worüber man sich entrüstet. Sie kann aber auch ganz unmittelbar mit höchst angenehmen Gefühlen verbunden sein, die noch gesteigert werden, wenn man der Entrüstung irgendwie protestartig Ausdruck gibt; und das kann zur Folge haben, dass man in einem Hochgefühl ruhend, welches gar nichts kostet, nichts tut. Ferner kann Entrüstung blind machen und dazu führen, dass man reelle Wege des Handelns übersieht, oder auch dazu, dass man wahllos dreinschlägt oder erwartet, dass endlich dreingeschlagen wird – beispielsweise von den Amerikanern. Es steht wohl ausser Frage, dass Protest in bestimmten Fällen günstige Wirkungen zeitigen kann. Doch ob die Entrüstung vom Herbst 1973, so hochachtbar sie war, eine beträchtliche positive Wirkung gehabt habe, ist zu bezweifeln. Die Unbeugsamkeit gegenüber dem arabischen Druckversuch, welche breite, vor allem bürgerliche Kreise an den Tag legen zu wollen schienen, wurde keiner Bewährungsprobe unterzogen. Die Dinge renkten sich anderswie einigermassen wieder ein: dank der amerikanischen Waffen-Luftbrücke, welche der sowjetischen die Waage hielt, wurde das militärische Gleichgewicht gewahrt; die amerikanische Diplomatie, hinter der amerikanisches Druckpotential stand, sorgte dafür oder erleichterte es, dass die nahöstlichen Entwicklungen wenigstens teilweise in einen günstigen Lauf kamen.

Man kann sich fragen, ob es nicht wenigstens zum Teil jener Entrüstungsstimmung zuzuschreiben gewesen sei, dass in Westeuropa nicht schon damals jene Anstrengung gemacht wurde, die eben hier möglich gewesen wäre, sozusagen als Ergänzung zur amerikanischen, und die jetzt, in der zweiten Energiekrise, für *das* ohne weiteres verfügbare Gegenmittel gehalten wird: die Anstrengung des geringeren Erdölverbrauchs. Ein freilich ziemlich unheroisches Mittel, dessen Anwendung aber vielleicht die arabische Boykottfront noch schneller hätte zerfallen lassen. Das heisst: Ein angemessenes wirtschaftliches Verhalten hätte eine politische Wirkung haben können. Wie aber hätten entsprechende Appelle der Behörden, denen ja die «öffentliche Meinung» Duckmäuserei vorwarf, damals gewirkt? Möglicherweise als Aufforderung, sich der Duckmäuserei anzuschliessen! Die Stimmung war damals nicht danach, dass man «wegen den Arabern» freiwillig ein wenig hätte frieren wollen.

Wie erwähnt, erregte man sich bei der ersten Energiekrise vor allem über die politische Seite der Angelegenheit. Das lag 1973 in der Natur

der Dinge. Es lässt sich aber weiter fragen, ob damals nicht zu wenig beachtet worden sei, dass möglicherweise der Lieferstoppbeschluss etwa Saudiarabiens nicht allein in der Boykottabsicht erfolgte, sondern dass dahinter auch rein wirtschaftliche Überlegungen wirkten: ähnliche wie seit dem Frühjahr 1979 hinter dem saudischen Sich-Sträuben gegen Produktionserhöhungen zum Ersatz der Ausfälle persischen Öls. Diese Überlegungen beruhen auf dem Wissen um die Erschöpfbarkeit der Vorräte sowie auf Zweifeln am Sinn eines forcierten Aufbaus von Industrien mit dem Erdölgeld und an der Möglichkeit, Länder, die in mancherlei Hinsicht noch in «mittelalterlichen» Zuständen leben, schnell zu Industriestaaten zu machen. Mit Produktionsbegrenzungen versuchen diejenigen Erdölstaaten, die im Geld schwimmen, eine Verlängerung der Frist zu erreichen, innert derer sie Bereitschaft für die Nach-Erdölzeit herstellen müssen. Etwas anders ist die Situation arabischer Erdölstaaten mit relativ grosser Bevölkerung: Diesen muss es noch mehr als den Super-Reichen um Preiserhöhungen gehen. Die arabische Boykottfront von 1973 war unter anderem daher so brüchig, weil beispielsweise der nicht superreiche Irak sich bald auf einen Sonderkurs begab, obwohl das Bagdader Regime zu den in der Israel-Frage weitaus radikalsten gehört. Ferner ist zu erwähnen, dass in den nahöstlichen und nordafrikanischen Erdölstaaten mit alledem Fragen der eigenen kulturellen Identität verbunden sind. Wie gross die Bedeutung dieses Komplexes für den Umsturz in Persien war, ist bekannt. In diesem Zusammenhang liesse sich ein etwas moralisierender Exkurs über das «lockheedische» Verhalten westlicher Lieferfirmen machen und überhaupt über deren «Entwicklungsarbeit» sowie über das, was Arnold Hottinger einmal die «Zerstörung Arabiens durch das Erdöl» genannt hat ...

Wie sehr eine ohne Zweifel von edelster Aufrichtigkeit getragene Protesthaltung die Sicht auf wirkliche Gegebenheiten trüben kann, lässt sich etwa aus einem Offenen Brief ablesen, den Friedrich Dürrenmatt im Oktober 1973 veröffentlichte. Der Dichter, der sich selber als linksengagiert bezeichnet, zieht darin nach allen Seiten vom Leder: gegen die sonst ständig protestierende Linke, weil sie gegen den israelisch-arabischen Krieg nicht protestiert; gegen die DDR und die Sowjetunion, deren Haltung er «gemein» nennt (was immerhin nicht aus der Luft gegriffen ist); zugleich aber nennt er *beide* Supermächte «korrupt» und wirft ihnen vor, sich im Nahen Osten einen «Nebenkriegsschauplatz» zu leisten; die Politik Israels vor 1973 bezeichnet er als «in vielem falsch»; aber er sagt zugleich, diese «falsche Politik» sei durch den arabischen Angriff gerechtfertigt worden; der Presse wirft er vor, nur in den «rechtesten Rechtsblättern» habe sich das «linksintellektuelle Koordinatensystem von Gut

und Böse», in dem die «Israeli als Faschisten» erscheinen und die «palästinensischen Terroristen als Helden», noch nicht durchgesetzt. Dürrenmatt schrieb damals weiter, er stelle sich ohne Rückendeckung hinter Israel. Wenn man sich das konkret vorstellt: ergibt sich dann nicht ein Bild, das etwas Don-Quijote-haf tes hat? Jedenfalls ist es höchst fraglich, ob sich aufgrund einer derart undifferenzierten Weltsicht Politik machen liesse.

Kriminalisierung

Übrigens scheinen aber durchaus nicht nur extreme Linke ein Gut-Bös-Koordinatensystem anzuwenden, sondern gerade bezüglich des Israel-Konflikts ist offenbar auch heute noch eine Neigung, die eine oder die andere Seite verallgemeinernd zu kriminalisieren, viel weiter verbreitet. Als zwar keineswegs krasses, aber dafür vielleicht um so interessanteres Beispiel dafür sei hier der zentrale Satz aus der auch von vielen prominenten Nicht-Juden unterzeichneten Petition zitiert, mit der im Frühjahr 1979 der Schweizer Bundesrat aufgefordert worden ist, auf den Empfang des PLO-Funktionärs Kaddumi zu verzichten. «Alle Menschen guten Willens wissen, dass es sich hierbei (d. h. bei der PLO) um eine Gruppe handelt, die mit Blutvergiessen, Mord und Terror die Vernichtung des Staates Israel erreichen will.» Ist Wissen wirklich so ganz einfach eine Sache des guten Willens? Natürlich kann man die Wahrheit böswillig entstellen. Im übrigen aber verhält es sich wohl eher so, dass man sich dem Wissen von etwas nur durch intellektuelle Anstrengung annähern kann, und dass dies und eine fundierte Beurteilung mehr Mühe macht als eine Stellungnahme für oder gegen etwas. Im Grund genommen wird mit dem zitierten Satz insinuiert oder hat sich in ihn unwillkürlich die Insinuation eingeschlichen, dass jeder, der eine bestimmte Ansicht von der PLO nicht teilt, nicht guten, also eben bösen Willens sei.

Was in der PLO-Charta steht, ist bekannt. Es heisst darin, das Ziel der Organisation sei die Beseitigung des jüdischen Staates in Palästina durch Kampf. Ebenso bekannt ist, was nicht darin steht, nämlich dass der Kampf seitens der PLO angehörender Gruppen immer wieder mit Terror, Mord und Erpressung geführt worden ist. Es ist aber fraglich, ob dies genüge, die PLO ganz einfach als eine «Mörderbande» hinzustellen. Sie ist eine Dachorganisation, der sehr unterschiedlich ausgerichtete Personen und Gruppen angehören: ideologisch neutrale, bürgerliche, marxistische, von bestimmten arabischen Regierungen abhängige, radikale, gemässigte. Seitens ihrer Führung sind wenigstens gewisse Formen des Terrors (vor-

sätzliche Massaker an Frauen und Kindern, Flugzeugentführungen) oft verurteilt worden – aus was für Gründen auch immer. Andere, allerdings weniger zynische Formen des Terrors haben übrigens bei der Entstehung des jüdischen Staates eine nicht ganz unbeträchtliche Rolle gespielt. Es ist ferner bekannt, dass es innerhalb der PLO eine Tendenz gibt, welche die Passagen in der Charta über das Hauptziel ändern möchte. Auch diesbezüglich ist hinzuzufügen: «aus welchen Gründen auch immer»; vielleicht nur aus taktischen, also eventuell unehrlichen Gründen. Doch ein abschliessendes Wissen davon, was Menschen letztlich wollen oder tun werden, gibt es nicht. Und so müsste es wohl erlaubt sein, wenigstens die Möglichkeit ins Auge zu fassen, dass es in der PLO zu Entwicklungen in Richtung eines Ausgleichs mit dem Staat Israel kommen könnte, ohne dass man deswegen verdächtigt wird, bösen Willens zu sein. Bis vor nicht allzu langer Zeit sind so ziemlich alle arabischen Regierungen mehr oder weniger kriminalisiert worden. Wer hätte es sich vor etwas mehr als zwei Jahren vorzustellen gewagt, dass es in den Strassen Kairos zu arabisch-jüdischen Verbrüderungstaumeln kommen werde?

Psychologische Kriegsführung

Die moralische Abwertung des Gegners in politischen Konflikten scheint ein Charakteristikum der modernen Zeit zu sein – oder es scheint Zeiten gegeben zu haben, die davon ziemlich frei waren. Man könnte Überlegungen darüber anstellen, wie weit die Kriminalisierung zwischen europäischen Nationen in und nach dem Ersten Weltkrieg eine Rolle für Späteres, unter anderem auch für den machtpolitischen Niedergang Europas gespielt hat. Kriminalisierung kann ein Mittel der «psychologischen Kriegsführung» sein. Und vielleicht ist die Frage berechtigt, ob die seitens der israelischen Regierung immer wieder proklamierte Ablehnung der PLO als Gesprächspartner wirklich ganz allein durch die Entrüstung über deren Untaten motiviert sei. Die PLO repräsentiert faktisch die Palästinenser, das heisst diejenigen Araber, die durch die Gründung des jüdischen Staates direkt betroffen waren und sind. Dass diese Repräsentation allem Anschein nach – in der gegenwärtigen Situation – auch von den Bewohnern Cisjordaniens und des Gazastreifens mehrheitlich anerkannt wird, kann nicht mit dem Argument abgetan werden, die organisierten Palästinenser unterbänden die freie Meinungsäußerung mit terroristischem Druck – obwohl es solche zum Teil mit Sprengstoff und Mord ausgeübten innerpalästinensischen Druck tatsächlich gab und gibt. Möglicherweise ist eine Entwicklung der PLO in Richtung eines Ausgleichs mit Israel nicht

ausgeschlossen. Aber es ist höchst unwahrscheinlich, dass diese bis zu einer Anerkennung des israelischen Siedlungsrechts oder israelischer Vorherrschaft in den seit 1967 besetzten Gebieten gehen könnte. Auch die gemässigtst-mögliche Position der PLO wäre also derjenigen der jetzigen israelischen Regierung noch entgegengesetzt. Und das kann ein wesentlicher Grund dafür sein, dass Begin mit der PLO nicht reden will. Die Frage ist, ob es auch für nicht direkt an dem Konflikt Beteiligte ein Grund sein kann – oder ob man sich gar derart schiefe Propagandathesen zu eigen machen solle wie die Gleichsetzung der PLO mit der Nazi-SS. Gut und Bös, Recht und Unrecht ist im arabisch-israelischen Konflikt nicht so eindeutig auf zwei Seiten verteilt wie im Westen von 1933 bis 1945. Und was die besetzten Gebiete betrifft, steht doch wohl das Recht, wenigstens soweit es nicht aus der Bibel hergeleitet wird, eher auf der arabischen Seite. Solange Israel hierüber nicht mit den Regierungen Jordaniens und Syriens ins Gespräch kommt, werden diese (und andere arabische Regime) wohl weiterhin besonders intensiv für die PLO eintreten. Ob sich Amman und Damaskus deren Forderungen – besonders diejenige nach einem ganz unabhängigen Palästinenser-Staat – auch dann noch vollumfänglich zu eigen machen würden, wenn sich konkret die Aussicht auf eine Rückkehr des Westjordanlandes und des Golans unter arabische (scil. jordanische bzw. syrische) Souveränität abzeichnete, steht auf einem andern Blatt. Eigentlich ist die Frage der Beziehung der PLO zu Verhandlungen eher eine solche der Opportunität als der Moral.

Das Interesse des Westens am Frieden

Um den Nahen Osten findet allerdings auch eine grosse Auseinandersetzung – zwischen Ost und West – statt, die sich bis zu einem gewissen Grade mit derjenigen der Jahre 1933 bis 1945 vergleichen lässt. Israel wäre im Ernstfall ohne Zweifel ein zuverlässiger Alliierter des Westens. Um die arabischen Länder geht die Auseinandersetzung bis jetzt – auch nach der sowjetischen Besetzung Afghanistans – auf der Ebene der diplomatischen Beeinflussung, des Werbens um Sympathie und der Subversion, sowie, in Einzelfällen, der Androhung von Gewaltanwendung der äusseren Mächte oder der wirtschaftlichen Druckausübung vor sich. Einen der Haupt-Ansatzpunkte geben dabei seit 1967 die im Sechstagekrieg von Israel besetzten Gebiete. Moskau spiegelte mit Waffenlieferungen und der Entsendung von Instruktoren den Arabern vor, sie könnten diese – und eventuell mehr – mit Gewalt zurückholen. Das ständige Schwelen des Palästina-Konflikts war für die Sowjets seit dem Beginn des

«Kalten Krieges» ein Hauptvehikel für Einfluss- und Präsenzgewinn in dieser Region; sie suchen es auch gegenwärtig ziemlich zynisch auszunützen, indem sie die arabische «Ablehnungsfront» gegen Sadat unterstützen. Für den Westen hingegen wäre die Beseitigung des Palästina-Konfliktes, ein dauerhafter arabisch-israelischer Ausgleich unbedingt von Vorteil. So geht es dort für den Westen nicht nur aus moralischen Gründen um den Frieden, sondern der Frieden liegt auch in seinem Interesse, weil die Gegenmacht damit ein Vehikel verlöre. Damit, und unter anderem auch wegen des Erdöls, aber nicht nur deswegen, ist jedoch zugleich so etwas wie eine Versuchung für den Westen gegeben: die Möglichkeit einer Neigung, Israel zu einem faulen Frieden zu veranlassen.

Offenbar rief im Herbst 1973 die oben erwähnte Erklärung der EG-Aussenminister vor allem daher Entrüstung hervor, weil es so aussah, als seien die europäischen Regierungen dabei, der Versuchung zu erliegen. Auf eine arabische «Erpressung» hin hätten sie in einer kapitulationsartigen Weise reagiert, hiess es damals. War es Erpressung im Lichte etwa der Definitionen dieses Begriffs in Kriminal-Rechtsbüchern demokratischer Staaten? Oder haben die «Ölscheiche» nicht einfach auf Grund ihres Rechts als Eigentümer der Ölquellen gehandelt? – War es Kapitulation? Die EG-Erklärung vom November 1973 mochte als Nachgeben erscheinen, weil sie geflissentlich im Moment eines arabischen Druckversuches erfolgte und so dazu angetan sein konnte, der Glaubwürdigkeit westlicher Sicherheitszusicherungen an Israel oder auch an andere Staaten Abbruch zu tun. Ihrem Inhalt nach aber enthielt sie kaum etwas Neues und konnte insofern nur daher Anstoss erregen, weil sie sich ziemlich klar über die Punkte aussprach, auf denen der Ansicht ihrer Verfasser nach eine Friedensregelung beruhen sollte: nämlich unter anderem auf einer «Berücksichtigung» der legitimen Rechte der Palästinenser und darauf, «dass Israel die territoriale Besetzung beendet, die es seit dem Konflikt von 1967 aufrechterhalten hat». Besonders was den zweitgenannten Punkt betrifft, hatten die amerikanischen Administrationen immer Hemmungen, sich offiziell so klar auszusprechen, und zwar wohl zu einem nicht geringen Teil daher, weil sie Rücksicht nahmen wegen zu erwartender Entrüstung und protestartiger Stimmabgabe bei Wahlen. Aber im Grunde genommen läuft doch eigentlich die amerikanische Nahost-Friedenspolitik seit etwa zehn Jahren kaum auf etwas anderes hinaus als auf das, was in jener EG-Erklärung formuliert ist. Das braucht nicht zu bedeuten, dass sie unbedingt richtig sei. Doch für den Sinai ist inzwischen immerhin eine Lösung gefunden worden, die auf dem Prinzip der Unzulässigkeit territorialer Expansion durch Gewalt beruht und dennoch Israels Sicherheitsanspruch nicht unbedingt zu verletzen scheint. Die vorgesehene Rückgabe der

ganzen Halbinsel unter ägyptische Souveränität gibt Anlass zu Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. Was die anderen besetzten Gebiete betrifft, wo eine solche Regelung ohne Zweifel viel schwieriger wäre, ist zu bemerken, dass vor Sadats Jerusalem-Besuch auch aus Damaskus Zeichen der Bereitschaft gekommen sind, sich auf diesbezügliche Verhandlungen einzulassen. Nochmals: «Aus welchen Gründen auch immer», vielleicht bloss aus pragmatischen oder auch aus hinterlistigen, also gar nicht moralischen.

Diesen Verdacht hat man aber bis vor nicht allzu langer Zeit gegenüber allen mehr oder weniger deutlichen arabischen Friedensangeboten gehegt, die natürlich immer mit der Grundbedingung verbunden waren, dass Israel sich hinter die strategisch ungünstigen Grenzen von vor 1967 zurückzöge. Dieser Verdacht, von dem wohl sogar auch heute noch nicht einmal Ägypten ganz ausgenommen werden kann, ergibt sich aber letztlich nicht daraus, dass etwa «die» Araber böser als andere Menschen wären, sondern sein Grund liegt vor allem darin, dass den Arabern die Schaffung des jüdischen Staates kaum anders erscheinen konnte denn als ein ihnen oder den arabischen Bewohnern jenes Gebiets angetanes Unrecht. Von daher kommt ihre negative Einstellung zu Israel, ihr Antizionismus, den man zu Unrecht – kriminalisierend – immer wieder mit Antisemitismus gleichstellen will. Und daher dauerte es so lange, bis sich wenigstens *ein* arabischer Staatschef zur ganz eindeutigen Ankündigung durchringen konnte, er werde Israel de iure anerkennen, was hiess, er werde einen Strich unter die Rechnung ziehen, soweit sie bis 1948 oder bis im Mai 1967 aufgelaufen war. Ob dies auch bedeutet, dass Sadat jetzt denkt, Israel sei damals zu Recht entstanden, dürfte fraglich sein. Es ist wohl ziemlich unsinnig, von Arabern zu verlangen, dass sie so denken, und viel sinnvoller, ein wenig Verständnis dafür zu haben, warum es ihnen schwer fällt, so zu denken. Denn offenbar gehörten solches Verständnis und darauf beruhende Zeichen hinsichtlich eines Übergangs zu einer ausgewogeneren Politik namentlich Amerikas zu den Voraussetzungen der Wendung Sadats – von der Ausweisung der 15 000 sowjetischen Militärexperten aus Ägypten im Jahre 1972 bis zum Friedensschluss mit Israel.

Moralische Rigoristen mögen sagen, Sadat habe seine Wendung *nur* vollzogen, weil Ägypten mit Krieg nie etwas Rechtes zu erreichen vermochte, weil sein Land die Konfrontation wirtschaftlich nicht weiter durchstehen konnte und weil sich ihm Aussicht bot, das ägyptische Staatsgebiet zu reintegrieren. Letzteres, nämlich Wahrung blosser ägyptischer Interessen, wird ihm übrigens auch von seinen arabischen Brüdern zum Vorwurf gemacht: Sie sprechen von «Verrat». Und arabische Rigoristen bezichtigen ihn der Unmoral, weil sie meinen, die Gerechtigkeit müsse *ganz*, also über das Jahr 1948 zurück, wiederhergestellt werden. Mit dem

Verhältnis zwischen Moral und Pragmatismus oder Interessenwahrung scheint es so eine Sache zu sein. Und wie verhielte sich das wohl, wenn es zu jener äussersten Notwendigkeit kommen sollte, von der Kissinger vor sechs Jahren angesichts jenes angeblichen arabischen Erpressungsversuchs gesprochen hat? Er drohte damals mit einer Besetzung der Erdölquellen auf der Arabischen Halbinsel. Ähnliche Erwägungen scheinen in Amerika im Sommer 1979 – also *vor «Afghanistan»* – wieder in der Luft gelegen zu haben, und zwar nicht nur für den Fall, dass es in den arabischen Erdölmönarchien zu Umstürzen kommen sollte. Einmal abgesehen von den Reaktionen, die ein solches Vorgehen wohl in der gesamten Dritten Welt hervorrufen würde, und der immerhin nicht ganz ausgeschlossenen Eventualität eines Zusammenstosses zwischen den Supermächten, müsste es eigentlich einem extremen Linken auf Grund seiner Ideologie leichter fallen, eine solche Zwangsmassnahme, wenn auch nicht gerade seitens Amerikas, zu begrüßen, als einem Liberalen mit seinen Prinzipien der Marktwirtschaft und des Eigentumsrechts und seinen Freiheitsidealen. Wenn die Erdölmönarchien gegenüber Produktionssteigerungs-Forderungen der Industrienationen eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legen, ist das doch, mindestens (aber möglicherweise nicht nur) von ihrer Interessenlage her gesehen, nichts als ein richtiges Verhalten. Etwas ganz anderes sind oder wären westliche militärische Massnahmen gegen einen direkten oder indirekten sowjetischen Griff auf die Ölquellen und die Zugangswege. Übrigens liegt die Verteidigung dieser Region gegen die östliche Supermacht auch im Interesse der dortigen Völker.